

Liebe Freundinnen und Freunde!

Diese Regierung haben wir nicht verdient.

Angesichts der globalen Klima- und Wirtschaftsprobleme und der immer weiter aufklaffenden Schere zwischen Arm und Reich brauchen wir in Schleswig-Holstein wieder eine Regierung, die kluge Entscheidungen trifft. Aber anstatt das Land kompetent und ideenreich durch diese schwierige Zeit zu führen, verunglimpfen sich CDU und SPD gegenseitig und finden nur noch zusammen, wenn es darum geht, Neuwahlen zu verhindern. Das Versagen von vier Jahren Haushaltspolitik versuchen sie zu übertünchen, indem sie große Sparpakete für die Zukunft ankündigen. Die Suppe sollen dann andere auslöffeln.

Versagt haben CDU und SPD auch bei der Steuerung und Kontrolle der HSH Nordbank. Hamburg und Schleswig-Holstein haben 13 Milliarden Euro an Krediten und Garantien bewilligt, ohne dass klar ist, ob das neue Geschäftsmodell trägt. Um die Verantwortung der Landesregierung für dieses Desaster zu klären, hat der Landtag auf Antrag von GRÜNEN, FDP und SSW einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss eingesetzt.

Wir wollen uns aber nicht nur mit der Vergangenheit beschäftigen, sondern vor allem mit der Zukunft. Deshalb sind wir nach Oslo gereist und haben mit PolitikerInnen, Umweltorganisationen, mit der Wirtschaft und Energieversorgern darüber diskutiert, wie wir ganz Europa zukünftig zu 100 Prozent mit Erneuerbarer Energie versorgen können.

Zukunftsvisionen brauchen wir auch für den Bildungsbereich. Deshalb begrüßen wir es, dass die ErzieherInnen für Lohn und bessere Arbeitsbedingungen kämpfen und haben außerdem einen Landtagsantrag für eine landesweit einheitliche Sozialstaffel eingebracht, damit zukünftig alle einkommensschwachen Familien in Schleswig-Holstein von den Kita-Gebühren freigestellt werden.

Monika Heinold, Parlamentarische Geschäftsführerin



Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur HSH Nordbank muss Verantwortlichkeit klären

Von *Monika Heinold*

Die HSH Nordbank hat bis Juli 2005 Kredite in Höhe von 64 Milliarden Euro aufgenommen, obwohl bei der regionalen Wirtschaft dafür gar keine Nachfrage bestand. Das aufgenommene Geld nutzte die HSH Nordbank für riskante Spekulationsgeschäfte, in der Hoffnung, hohe Gewinne einzufahren. Das Ergebnis dieser Geschäftspolitik sind 2,8 Milliarden Euro Verlust, allein im Jahr 2008!

Um zu klären, wer dafür Verantwortung trägt, haben wir gemeinsam mit FDP und SSW einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) beantragt. Der PUA soll bis Ende des Jahres aufklären, ob die Regierungsmitglieder im Aufsichtsrat ihre Verantwortung gewissenhaft wahrgenommen haben, ob die Landesregierung das Parlament bei der Erarbeitung eines Rettungskonzeptes für die Bank zeitnah und vollständig informiert hat und ob die Landesregierung das neue Geschäftsmodell für die HSH Nordbank tatsächlich gewissenhaft und unabhängig von den Interessen des Bankenvorstandes erarbeitet hat.

Eines steht aber schon jetzt fest: die hohen Verluste der Bank könnten Schleswig-Holstein finanziell in den Ruin treiben. Alle Mitglieder des Ausschusses müssen deshalb ein hohes Interesse daran haben, die Verantwortlichkeiten zu klären und die Maßstäbe für die Zukunft zu definieren. ●



Die hohen Verluste der Bank könnten unser Land in den Ruin treiben.

Wasserkraft und Gleichstellung in Norwegen

Von Karl-Martin Hentschel

Die Fraktion hat eine viertägige Informationsreise nach Oslo unternommen – mit hoch spannenden Ergebnissen:

Norwegen hat Wasserstrom im Überfluss. Wenn wir in Deutschland künftig einen Großteil unseres Stroms mit Windkraft erzeugen, dann kann der norwegische Wasserstrom eine große Hilfe sein, um die Schwankungen bei der Windstromerzeugung auszusteuern. In Oslo konnten wir dieses Thema mit zahlreichen kompetenten Gesprächspartnern diskutieren: Mit der Außenhandelskammer, den Ministerien für Öl und Energie sowie für Umwelt, VertreterInnen der staatlichen Strom-, Energie- und Netzgesellschaften, zwei Umweltorganisationen, VertreterInnen der Grünen und der Volkssozialisten.

Zu unserer Überraschung hat die norwegische Energiewirtschaft fertige Konzepte für ein Netz von Seekabeln.



Besuch der kleinsten Autofabrik der Welt in Oslo: Strom aus Wasserkraft macht Elektroautos günstig und umweltfreundlich. Das Elektroauto „Buddy“ verkauft sich gut.

Ein Kabel nach Dänemark und eins in die Niederlande gibt es schon. Nach Niedersachsen ist eins in Planung. Allerdings bedarf der Bau von Kabeln über die Nordsee nach Deutschland einer Änderung des „Erneuerbare



Die norwegischen Grünen würden bei den anstehenden Wahlen gern in das Regierungsgebäude (Hintergrund) einziehen. In der Mitte: Spitzenkandidatin Hanna Marcussen

Energien Gesetzes“, da bislang der Windstrom aus Offshore-Anlagen nicht ins Ausland geliefert werden darf.

Es gibt aber auch weitere offene Fragen: Umweltprobleme treten vor allen bei den Stauseen auf, die mit sanftem Gefälle nach Osten in die Flüsse abfließen. Denn die Ökologie eines Flusses ver-

Ein großes politisches Problem ist auch der niedrige Strompreis in Norwegen, der dazu geführt hat, dass in Norwegen die Häuser überwiegend mit Strom (aus Wasserkraft – also top ökologisch) geheizt werden. Teile der Industrie und viele BürgerInnen fürchten deshalb, dass der Bau von Seekabeln mittelfristig zu einer Erhöhung der Strompreise führt.

Ein weiteres Thema der Reise war die Gleichstellung. Norwegen ist das einzige Land der Welt, in dem die Aufsichtsräte von öffentlichen und von börsennotierten Unternehmen quotiert sind. Mindestens vierzig Prozent der Sitze müssen durch Frauen besetzt sein.

Das Gesetz ist konsequent: Einer Firma, die sich trotz Verwarnung nicht an die Regel hält, droht die Auflösung. Zwei Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes sind daher 40,1 Prozent aller Sitze mit Frauen besetzt. Dem Einwand, es gäbe nicht genügend qualifizierte Kandidatinnen, wurde mit der Einrichtung einer Datenbank für Führungskräfte begegnet.

trägt es schlecht, wenn dessen Zuflüsse regelmäßig massiv von Menschenhand verändert werden. Die andere Hälfte der Stauseen, die steiler zum Atlantik hin das Wasser ablassen, ist dagegen weniger problematisch.

Und – oh Wunder: Keine Firma ist daran pleite gegangen und keine Firma wurde aufgelöst. Inwieweit der höhere Frauenanteil auch zu einem Wandel in der Unternehmensführung und -kultur führen wird, bleibt abzuwarten. ●

Den Rahmen für ganzheitliches Lernen schaffen

Von Angelika Birk

ErzieherInnen streiken bundesweit für ihre Gesundheit und mehr Gehalt. Recht haben sie. Straßenreiniger müssen im Straßenlärm ähnliche Lautstärken aushalten, haben aber keinen Bildungsauftrag zu erfüllen und verdienen jedoch



Viele Kindergärten bleiben leer, weil die ErzieherInnen bundesweit für ihre Gesundheit und mehr Gehalt streiken.

mehr. Auch wenn die Kommunen die Hauptverantwortung für die Kindertagesstätten haben, setzt das Land mit dem Kindertagesstättengesetz den Rahmen. Unsere kleine Anfrage zu den Rahmenbedingungen des Bildungsauftrages in den Kindertagesstätten (Drs. 16/2680) zwingt deshalb die Landesregierung, zur Zukunft des Erzieherberufes Farbe zu bekennen.

Leider versäumte es das Bildungsministerium, bei der Genehmigung der Baumaßnahmen des Konjunkturpaketes II den Lärmschutz in Kindertagesstätten und Schulen als Bauanforderung vorzuschreiben. Unsere Anträge hierzu wurden von der Landtagsmehrheit auf die lange Bank geschoben. Wir bleiben dran.

Dran bleiben am Schul- und Studierenerfolg, das wollen auch Schülerschaft und Studierende. Sie engagieren sich lautsstark gegen neue Auslesemechanismen, für ganzheitliches Lernen und mehr Bildungsgerechtigkeit. Die Grüne Landtagsfraktion lehnt das neue Hochschulzulassungsgesetz ab und fordert die Landesregierung dringend auf, mit den Hochschulen über eine sofortige Verbesserung der Lehre zu verhandeln. ●

Beitragsfreie Kindertagesstätte für einkommensschwache Familien

Von Monika Heindl

Gerade in der Wirtschaftskrise müssen Familien doppelte Unterstützung erhalten. Darum fordern wir die Landesregierung auf, gemeinsam mit den Kommunen dafür Sorge zu tragen, dass Kinder aus einkommensschwachen Familien die Kindertagesstätte beitragsfrei besuchen können und dass es zukünftig eine landesweit einheitliche Sozialstaffelregelung gibt.

Die Gefahr, dass Kinder aus der Kindertagesstätte abgemeldet oder gar nicht angemeldet werden, weil ihre Eltern von Transferinkommen leben oder Geringverdiener sind, ist nicht hinnehmbar. Der Bericht der Bürgerbeauftragten zeigt aber genau solche Beispiele auf. Dieses dürfen wir nicht hinnehmen, denn materielle Armut darf nicht zu Bildungsarmut führen. Mit der Einführung des kostenlosen dritten Kitajahres – für fünf Stunden täglich – ab Sommer 2009 ist es nicht

getan. Auch die Ankündigung der SPD, drei Jahre Beitragsfreiheit in ihr Wahlprogramm zu schreiben, hilft den Eltern, die heute hohe Kindergartenbeiträge zahlen müssen, nicht weiter. Eltern brauchen Taten, keine Wahlversprechen. ●



Mittelfristig muss die Kita für alle Kinder kostenlos werden.



Koalitionstheater - um 1 Jahr verlängert!

Die große Koalition in Schleswig-Holstein bietet ein Bild, das an Unwürdigkeit kaum noch zu überbieten ist. Wohl noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik haben sich Koalitionspartner derartig selbst demontiert und gegenseitig vor den Augen der Menschen der Lächerlichkeit preisgegeben. Wir haben dies zum Anlass genommen, ein Kasperle-Stück mit Originalzitate des Ministerpräsidenten Carstensen und des SPD-Fraktionsvorsitzenden Stegner aufzuführen.

Das Video findet ihr unter <http://tinyurl.com/kasperle>

Eine Viertelmillion Schusswaffen in Schleswig-Holstein – Kontrollen? Fehlanzeige!

Die Antwort auf unsere Kleine Anfrage „Waffenmissbrauch und Notfallpläne“ (Drs. 16/2624) brachte erschreckende Ergebnisse:

Schleswig-Holstein startet voller Waffen. 74.148 legale Waffenbesitzer mit 232.270 registrierten Waffen. Um was für Waffen es sich handelt und für welchen Zweck sie genutzt werden, ist der Landesregierung nicht bekannt. Zudem weiß niemand, wie viele illegale Waffen dazu kommen. Deutlich wird aber: Damit könnte man eine Armee ausrüsten.

Wir müssen die Debatte über die Beschränkungen des Waffenrechts offensiv führen. Die große Mehrheit der Menschen lehnt Waffen im Privathaushalt ab. Ein Ein-

knicken vor den Jäger- und Schützenverbänden ist nicht akzeptabel. Schließlich sind Waffen Tötungsinstrumente.



geralt-stanly-dezignus-shapes.pixelio.de



Vormerken:

Christa Goetsch: Schulreform in Hamburg

Bildungspolitisches Gespräch am 24. September 2009 im Landeshaus, Kiel.

Die Grüne Schulsenatorin berichtet über ihre Erfahrungen mit der Schulreform in Hamburg.

Weitere Infos ab September unter www.plietsch.sh

